



**Klima schützen!
Ich bin dabei.**



Neue Energie für Deutschland

Energiepolitik und Monopolkonzerne

von Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW e.V.

Die vier großen Energieunternehmen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW melden regelmäßig Rekordgewinne und erhöhen gleichzeitig die Preise. Dazu ist die Energiewirtschaft mit einem Anteil von etwa 45 % aller Treibhausgasemissionen maßgeblich für Deutschlands Beitrag zum Klimawandel verantwortlich. Das Oligopol der Stromriesen, die sich nach wie vor als „Staat im Staate“ verstehen, ist neben der Unfähigkeit der Politik, eine zukunftsfähige Energiepolitik zu gestalten, das Haupthemmnis der längst überfälligen Energiewende. Eine klimafreundliche und sichere Energieversorgung zu angemessenen Preisen erscheint nur möglich, wenn die Marktmacht der Großkonzerne gebrochen und der Weg für eine dezentrale Energieversorgung auf Basis der Erneuerbaren Energien geöffnet wird.

Konzerne mit marktbeherrschender Stellung

Das Oligopol der vier Stromriesen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW hält derzeit einen Anteil an den Stromerzeugungskapazitäten von bis zu 90 %, wobei der Anteil an den Grundlastkraftwerken sogar bei über 95 % liegt. 98 % des Höchstspannungsnetzes > 200 kV und etwa 90 % des Hochspannungsnetzes werden von den Konzernen beherrscht, wobei diesbezüglich insbesondere dem RWE und E.ON eine überragende Marktstellung zukommt. Das Bundeskartellamt spricht deshalb zu Recht von einem „marktbeherrschenden Duopol“. Darüber hinaus sind die großen Vier an mehr als 40 % aller deutschen Stadtwerke bzw. Regionalversorger beteiligt.

Insbesondere die Stromerzeugung hat in den letzten Jahren zur Gewinnexplosion bei den Konzernen beigetragen. Während die durchschnittlichen Industriestrompreise seit dem Jahr 2000 um bis zu 77 % gestiegen sind, müssen die Haushaltskunden heute etwa 50 % mehr bezahlen. Allerdings muss der Privatkunde absolut betrachtet rund zwei Drittel mehr für die Kilowattstunde bezahlen als die Industrie. Weniger als die Hälfte dieser Kostenexplosion entfällt auf die Erhöhung von Steuern und Abgaben. Der Großteil ist unternehmens- und marktinduziert, sprich: Abzocke der Konzerne. Der größte Gewinnsprung geht dabei einher mit der Einführung des CO₂-Emissionshandels. Der Skandal dabei: Obwohl die Konzerne die Verschmutzungsrechte kostenlos zugeteilt bekamen, preisten sie deren „virtuelle Kosten“ mit ein und reichten sie an die Kunden weiter. Milliardeneinnahmen wurde so zusätzlich generiert.

Konzerne blockieren die Energiewende

Die marktbeherrschende Position der Energiekonzerne bei der Erzeugung und Verteilung der Energie ist einer der Hauptgründe für die bisherige Blockade einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Die Großkonzerne setzen auf die Laufzeitverlängerung unbeherrschbarer Atomkraftwerke und wollen mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke die klimaschädlichen zentralen Großstrukturen für weitere Jahrzehnte zementieren.

Allein im Ruhrgebiet sind derzeit sieben neue Steinkohlekraftwerke in Bau oder Planung (s. Anhang). Werden diese realisiert, so wird damit für 40-50 Jahre ein „CO₂-Sockel“ zementiert, der alle Klimaschutzziele unerreichbar werden lässt.

Nicht unerwähnt bleiben soll allerdings auch der Umstand, dass zunehmend auch Stadtwerke bzw. Stadtwerke-Verbünde (z.B. TRIANEL) auf den Neubau von oder Beteiligungen an antiquierten Kohlekraftwerken setzen. Die vom BUND seit den 80er Jahren geforderte Rekommunalisierung der Energieversorgung ist also nicht zwangsläufig ein Garant für eine dezentrale und umweltfreundliche Energiepolitik.

Wer die Energiewende umsetzen will, ist dabei auf die Stromnetze angewiesen. Ein diskriminierungsfreier Netzzugang z.B. für Ökostromanbieter ist allerdings trotz der Kontrolle durch die Bundesnetzagentur nicht gewährleistet. Das führt schon jetzt dazu, dass das Einspeisen von Windkraftstrom verhindert wird, um eigenen Kohle- und Atomstrom vorrangig am Markt zu platzieren.

Der Europäischen Kommission ist dies schon lange ein Dorn im Auge. Allerdings scheint sich die vereinte Lobby aus Bundesregierung und Energiekonzernen gegen EU-Wettbewerbskommissarin Kroes durchzusetzen. Eine umfassende vertikale Entflechtung von Netz und Betrieb oder gar Zerschlagung des Oligopols scheint in weite Ferne zu rücken. Interessant dabei: Bundesregierung und FDP verweisen in der Debatte gerne auf die Eigentumsfrage und beklagen die drohende Enteignung der Konzerne. Wenn es um die Zwangsenteignung Zigtausender zugunsten allgemeinwohlschädlicher Braunkohletagebaue geht, hört man solche Kritik allerdings nie. Dass die Konzerne weniger das Allgemeinwohl als die eigenen Gewinne und Aktienkurse im Blick haben, ist dabei offensichtlich.

Nordrhein-Westfalen und Klimaschutz

Von 1990 bis 2005 wurden die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen nach der Quellenbilanz von 299 Mio. t auf 282,5 Mio. t und damit lediglich um 6 % reduziert, während bundesweit im gleichen Zeitraum eine Reduktion um 18 % stattfand. Der überwiegende Teil des Gesamtemissionen entfällt dabei mit 177,3 Mio. t auf die Kraftwerke.

Mit einem Anteil von fast 76 % ist Kohle in Nordrhein-Westfalen die wichtigste Einsatzenergie für die Stromerzeugung und damit hauptverantwortlich für die im bundesweiten Vergleich hohen CO₂-Emissionen. Gemäß der temperaturbereinigten Quellenbilanz war allein die Steinkohle in 2004 für den Ausstoß von 69,6 Mio. t Kohlendioxid verantwortlich, die Braunkohle kam auf 96,2 Mio. t.

35,5 % der gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen Deutschlands und etwa 45 % der vom Emissionshandelssystem erfassten Treibhausgasemissionen stammen aus NRW.

Neue Energie für Deutschland

Alle reden von der "Menschheitsaufgabe" Klimaschutz. Die deutsche Bundesregierung gibt auf internationalem Parkett den Vorreiter bei der Senkung von CO₂-Emissionen. Und selbst die großen deutschen Stromkonzerne veranstalten Klimakongresse und reden viel vom Klimaschutz (vor allem, damit ihre Atomkraftwerke noch einige Jahre länger Geld abwerfen).

Doch reden allein reicht mehr. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir jetzt handeln – und unsere Energieversorgung radikal umstellen. Wir brauchen eine neue industrielle Revolution. Wie aber soll die Energiezukunft aussehen?

- Die erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung können den Kohle- und Atomstrom nur vollständig ersetzen, wenn der **Stromverbrauch** insgesamt sinkt. Das ist kein Wunschtraum. Zahlreiche Studien zeigen, dass der Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 halbiert werden kann. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass der BUND die Einführung so gen. „Sozialtarife“ ablehnt. Es darf keine wie auch immer geartete Subventionierung des Stromverbrauchs geben. Stattdessen muss für Bedürftige ein Angebot zur umweltfreundlichen Bedarfsdeckung verpflichtend werden. Beispiele hierfür sind die Bereitstellung hocheffizienter Haushaltsgeräte und eine kostenfreie Energieberatung durch den Energiedienstleister. Energiesparen darf kein Luxus sein!
- Dank des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) produzieren Wind, Wasser, Sonne und Biomasse heute schon mehr als 14 Prozent des Stroms. In den letzten Jahren erlebte die Branche einen Boom. Alleine die Kapazitäten der Windräder sind jedes Jahr um 20 Prozent gewachsen. Bis 2020 können und müssen die **Erneuerbaren Energien** mindestens 30 Prozent zur Stromerzeugung beitragen. Die deutschen Atomkraftwerke können dann problemlos durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Um die Zuwachs-Blockade in NRW zu beseitigen muss dringend der Windkraft-Erlass zugunsten des Repowerings von Altanlagen geändert werden.
- Die höchsten Effizienzgewinne bei der Strom- und Wärmeerzeugung lassen sich durch den Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** erzielen. In diesen Kraftwerken wird gleichzeitig Strom und Wärme für Gebäudeheizungen oder Industrieprozesse gewonnen. Das mögliche KWK-Potenzial zeigt ein Blick über die Grenzen: Der Anteil der KWK an der Stromerzeugung beträgt in Deutschland elf Prozent, in den Niederlanden und Finnland liegt er bei nahezu 40 Prozent und in Dänemark schon bei 50 Prozent. Dieser Ausbau lässt sich relativ schnell, dezentral und auf Basis des Energieträgers Gas (Erdgas, Biogas) durchführen. Die wenigsten in Planung befindlichen Kohlekraftwerke sehen die KWK in nennenswertem Umfang vor.
- Grundvoraussetzung für die Energiewende ist der **Verzicht auf den Neubau von Kohlekraftwerken**. Der zur Erreichung des 40%-CO₂-Reduktionsziels bis 2020 erforderliche Ausbau der Erneuerbaren Energien und der KWK schließt einen weiteren Zubau von Kondensationskraftwerken aus. Andernfalls würden mit dem Neubau von Kohlekraftwerken Versorgungsstrukturen für bis zu 50 Jahre festgelegt, die allen Klimaschutzziele diametral entgegenstehen.
- Da viele Kohlekraftwerke über 40 Jahre alt sind und schnellstens stillgelegt werden müssen, bleibt noch eine kleine Lücke, die erst in zehn, zwanzig Jahren von den erneuerbaren Energien und der KWK gefüllt werden kann. Für diese **Übergangszeit sind auch Gaskraftwerke** akzeptabel. Gaskraftwerke verursachen je Kilowattstunde Strom rund 350 Gramm CO₂ – das ist weniger als die Hälfte der Emissionen von Steinkohlekraftwerken und nur ein Drittel des CO₂-Ausstoßes von Braunkohlekraftwerken. Unter dem Strich brauchen wir nicht mehr Erdgas. Denn der Erdgasbedarf für die Gebäudeheizung verringert sich, wenn die Häuser besser gedämmt werden.
- Eine sozial und ökologisch orientierte Energiepolitik bedarf der **demokratischen Kontrolle**. An der Überführung der Stromnetze in die öffentliche Hand, der horizontalen Entflechtung der Stromkonzerne und der Rekommunalisierung der Energieversorgung führt deshalb kein Weg vorbei.

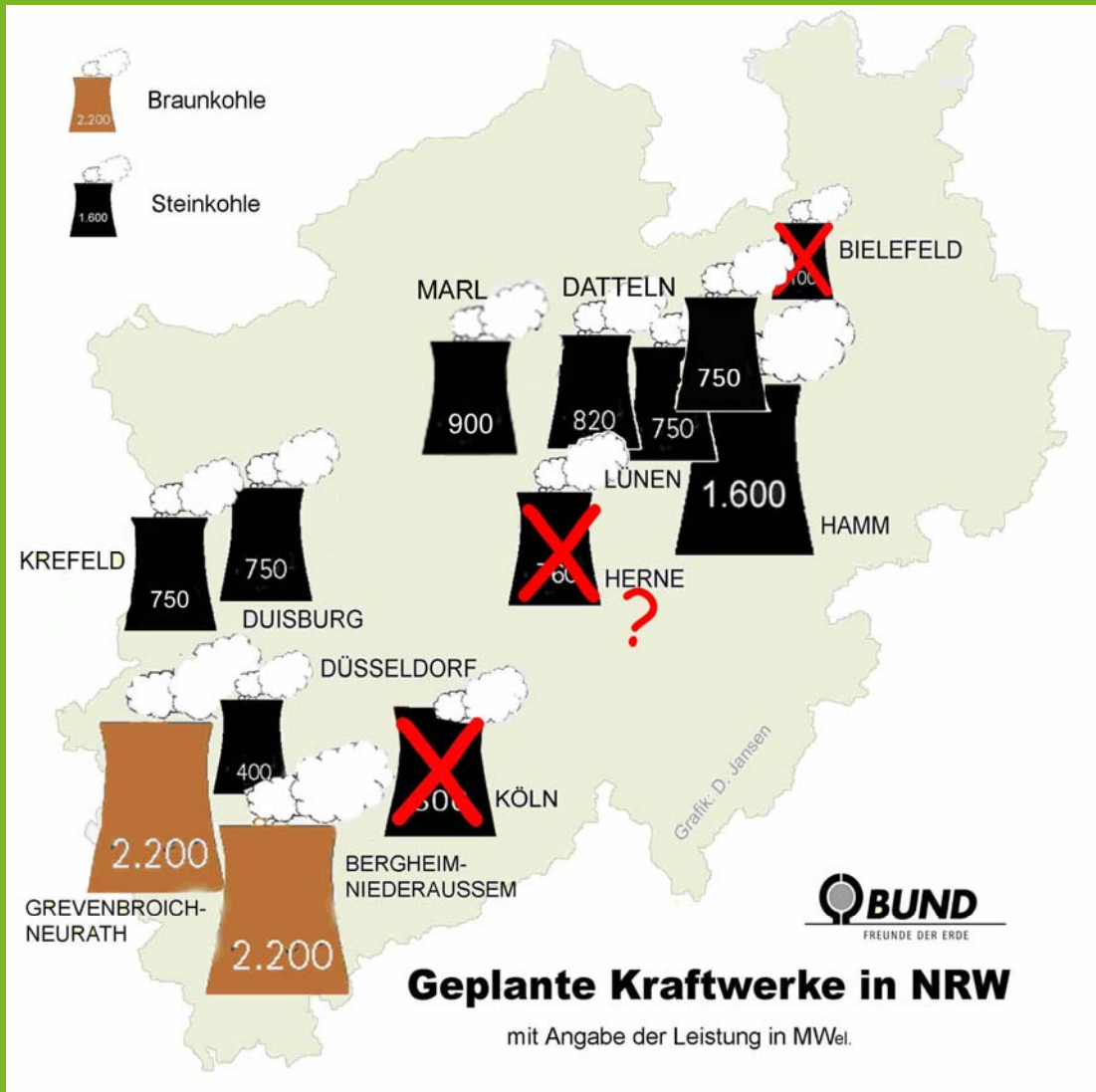
Anhang: Übersicht über die Kraftwerksplanungen in Nordrhein-Westfalen

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 5-22, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke

Aktuelle Infos

www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm



IMPRESSUM

BUND*hintergrund* wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Autor:** Dirk Jansen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦